

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

9.5.1922 (No. 107)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Telefon:
Nr. 953
und 954
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. n. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 A — Einzelnummer 1. — A — Anzeigengebühr: 1.30 A für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroverenzen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsbruch, Betriebsstörung in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Warnungszeichen.

Unter dieser Überschrift schreibt Reichstagsabgeordneter D. Herschel in der Grenzlands-Nachricht:

Der 8. Mai, der Erinnerungstag an die polnische Konstitution und an den Ausbruch des vorjährigen Aufstandes ist in Oberschlesien diesmal ohne wesentliche Störungen verlaufen. Man hatte dafür allerlei befürchtet. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß künftighin weiter alles ruhig bleiben wird.

Die Kommission zur Übergabe des Abstammungsgebietes an das Reich und Polen wird täglich in Oppeln erwartet. Der 18. Mai soll nicht, wie englische Quellen gemeldet hatten, dafür ausreichen sein. Weil noch eine ganze Reihe von Formalitäten zu erledigen sind, rechnet man damit erst für Mitte Juni. Der vermittelte Zwischenraum zwischen dem Abzug der Alliierten und der Besetzung durch die beiden Mächte wird als gefährlicher Moment betrachtet.

An Warnungszeichen am politischen Himmel Oberschlesiens fehlt es nicht. Sie sollten gewissenhaft beachtet werden, wenn sich auch hoffentlich die Befürchtungen nicht erfüllen.

Ein solches ist der Aufruf des Deutschen Ausschusses in Katowitz. Von deutschen Parteien und Gewerkschaften unterschrieben, bittet er die Bevölkerung beider Jungen eindringlich, bis zur baldigen Übergabe und bei dieser selbst die Ruhe zu bewahren. Man hat den Eindruck, als ob er nicht ohne zwingendsten Grund erlassen worden wäre, und daß ernste Sorgen sich dahinter verbergen.

Solche sind auch am Plage angesichts des Bandenwesens, das sich in letzter Zeit in erschreckender Weise im Abstreitungsgebiete betätigt hat. Es war, stets der Vorläufer größerer Unruhen. In der vergangenen Woche haben sich viele Vorfälle ereignet, welche durchweg den Charakter des schwersten Landesfriedensbruchs neben dem Verbrechen gegen das Eigentum an sich tragen.

In der Nacht vom 28. zum 29. April war die Gemeinde Antonienhütte der Schauplatz einer wüsten Szene. Eine bewaffnete Bande plünderte Geschäfte und zertrümmerte Schaufenster sowie Möbelstücke. Das Hüttengasthaus wurde besonders übel zugerichtet. Glücklicherweise erreichte sie ihr Ziel, die Hüttengewerkschaft um die Vorherrschaft für die Arbeiterenschaft zum Monatsbeginn zu veranlassen, deshalb nicht, weil das Gebäude von Apo und Gemeindevorstand besetzt war. Die Franzosen waren zwei Tage vorher aus dem Orte abgezogen.

Zum Kreise Rabin, einem Gefahrenzentrum, geht es auch wieder recht lebhaft zu. In dem Dörfchen Kniebis, das sonst friedlich und ruhig ist, haben sich in den letzten 10 Tagen nicht weniger als fünf Überfälle zugegetragen, wobei meist Dynamitbomben geworfen wurden. Das Tollste dabei war, daß die Gemeindevorstände, wie festgestellt wurde, selbst die Untaten ausübten, um plündern zu können. Man hatte Wege zu Bergarbeitern gemacht. Diese Vorfälle werfen ein trübes Licht auf die Zustände, die sich bei der Tätigkeit amtlicher Organe der Polen in Oberschlesien noch entwickeln können.

In der Stadt Tarnowitz ist das größte Uhrengeschäft des Ortes, an der Krakauer Straße, der Hauptverkehrsader, gelegen, in einer Nacht der vorigen Woche völlig ausgeraubt worden. Dabei sind Werte von fast 1 Million den Einbrechern in die Hände gefallen. Wo bleiben die Wachen an der Hauptstraße?

Die wachsende Unsicherheit mag einer der Gründe neben dem politischen Terror sein, warum der Verkehr auf dem Woiwodschaftsmarkt im Abstreitungsgebiete so sehr viel härter ist, als auf der deutschpolnischen Seite. Es ist sehr charakteristisch, daß dort die Polen gar nicht daran denken, ihren reichlichen Grundbesitz aufzugeben. Sie laufen im Gegenteil noch fortwährend Käufer dazu. Umgekehrt findet man in den Zeitungen fortwährend Verkaufsangebote von deutscher Seite im Abstreitungsgebiete. Ohne Wertreibung darf gesagt werden, daß sich das deutsche Angebot zum polnischen wie etwa 100 : 1 auf dem Grundbesitzmarkt verhält. Das ist natürlich eine außerordentlich trübe stimmende, aber unumstößliche Tatsache und ein Warnungszeichen für alle, die sich die Erhaltung des Bestandes auf beiden Seiten der neuen Grenze am Herzen liegen lassen sollen und wollen.

Die Feuerung wird immer schlimmer. Ein Pfund Schweinefleisch kostet im Abstreitungsgebiet, und zwar sogar im Kreise Pleß, also doch in mehr ländlicher Gegend, heute 60 Mark. Im Frieden kostete es wegen des reichlichen Angebotes über die galizische und russische Grenze her 60 Pfennige. Also ist der Preis schon um das Hundertfache gestiegen. Bei anderen Nahrungsmitteln ist es leider nicht anders. Namentlich die Kartoffeln sind in letzter Zeit furchtbar an. Es sind Fälle vorgekommen, wo man 170 Mark für einen Zentner Kartoffeln dem Erzeuger ab Wagen bezahlt hat. Einmal ist sogar ein Preis von 200 Mark dafür gefordert und gegeben worden. Das ist ebenfalls das Hundertfache des Friedenswertes bei diesem wichtigsten Nahrungsmittel. Wenn schon die Erzeuger solche Summen fordern, was soll dann der Kleinhandel verlangen, der doch auch noch Verdienst erzielen will und muß. Die dem Wucher mit Lebensmitteln muß die ernsteste Aufmerksamkeit zugewandt werden. Die polnischen Landwirte beuten die deutschen Städte aus. Die Erbitterung ist sehr groß.

Man polonisiert im Abstreitungsgebiete schon vor der Übergabe, wie und wo man nur kann. In kleineren Städten, so z. B. in Hlusal, haben die Mietungsverhältnisse nur noch polnische Formulare, nicht einmal zweisprachige mehr. Dabei hatten die Städte noch durchweg erhebliche deutsche Mehrheiten bei der Abstimmung. Es gibt in ihnen viele, auch geborene Oberschlesier, nicht nur Zugewanderte, die einfach nicht polnisch verstehen. Das ist übrigens ein schlagender Beweis, daß Oberschlesien nicht das polnische Land ist, als das es unsere Geg-

ner in der gesamten Welt weidlich ausgeschrien haben. Zum Minderheitsrechte gehört, daß der deutschen Bevölkerung im Abstreitungsgebiet gegeben wird, in ihrer Muttersprache mündlich und schriftlich verhandeln zu können. Hier müßte der Bittersinn ein wachsameres Auge darauf haben.

Die Polen nehmen ihn und andere neutrale Behörden fortwährend in Anspruch, auch wenn sie im Unrecht sind. Das beweist das Vorgehen des Verbandes polnischer Ärzte Oberschlesiens nach Ermordung des Dr. Stępczyński in Gleiwitz. Da hat man einen offenen Brief an Herrn Präsidenten Calonder gerichtet, in dem den deutschen Ärzten unter schweren Beschimpfungen die systematische Verfolgung polnischer Berufsgenossen vorgeworfen wird. Kein Wort davon ist wahr. Der Oberschlesische Ärzteverband hat dagegen scharfen Einspruch erhoben und auf die bezeichnende Tatsache hingewiesen können, daß der Ermordete trotz seiner politischen, polnisch-nationalen Einstellung ein besonders rühmliches Mitglied des Verbandes gewesen ist.

Der Zweck, die Deutschen in maßgebenden Auslandskreisen herabzusetzen, muß eben solche üble Mittel heiligen. Wie oft mögen derartige Eingaben an auswärtige Stellen gehen, ohne daß man, wie in diesem Falle, davon erfährt. Wo sie offensichtlich werden, ist es deutsche Pflicht, sich dagegen sofort und nachdrücklich zu wehren. Nicht nur in der ober-schlesischen Presse und in der des Reiches, sondern auch in der ausländischen und den angehenden Behörden selbst gegenüber.

Solche schlimme Ausfaat kann schlechte Früchte tragen. Vielleicht gefalle sie den Polen bald nach der Übergabe selbst nicht. Die Stimmung der Bevölkerung gegen die Warschauer Galizier ist nicht so freundlich, wie diese in ihrer Presse beider Jungen die Welt glauben machen wollen. Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

Politische Neuigkeiten.

Die Konferenz von Genua.

Lloyd George über die Lage.

Lloyd George empfing lt. W.D. gestern nachmittags sechs Uhr in einem Saale der Unterstadt eine Versammlung englischer und amerikanischer Pressevertreter und beantwortete im Verlaufe einer Stunde eine Reihe von Fragen, die an ihn gerichtet wurden.

In der ersten Antwort führte er ungefähr folgendes aus: Die russische Antwort werde vielleicht morgen abend, wahrscheinlich aber erst am Mittwoch vor mittag erfolgen.

Auf die Frage, ob die Antwort ja oder nein lauten müsse, so wie es Barthou gefordert habe, erwiderte Lloyd George, alles hänge von dem Charakter der russischen Antwort ab. Wenn sie Hoffnung biete, hier in Genua eine Lösung zu erzielen, dann werde man sicher mit den Verhandlungen fortfahren. Bei seinen Besprechungen mit Schischkin und Krastin habe es sich darum gehandelt, daß das Memorandum, welches von mancher Seite als klar und eindeutig erachtet wurde, von den Russen in vielen Punkten für unklar befunden wurde. Außenminister Schanzer habe der Besprechung am Vormittag beigewohnt.

Auf die Frage, ob man bereit ein würde, den Russen von Regierung zu Regierung eine Anteihe zu gewähren, erwiderte Lloyd George mit einer Vereinerung; die internationalen Korporationen genehmigen für diesen Zweck vollständig.

Auf eine Frage bezüglich der in London über seine Besprechung mit Barthou veröffentlichten Berichte, erklärte Lloyd George, die Entente sei zu Ende, wäre eine absolute tolle Erklärung. Kein Wort an dieser Erzählung sei wahr. Er, Lloyd George, habe nur gesagt, daß er nichts gegen die Veröffentlichung des Protokolls durch die französische Regierung habe.

Auf die Anfrage, welchen Standpunkt er bezüglich der Idee, die Signatarmächte des Versailler Vertrages zu einer gemeinsamen Vertagung zusammenzubringen, einnahme, erwiderte der englische Premier, er habe niemals eine Idee aufgegeben, und er hoffe, daß es noch zu einer gemeinsamen Beratung kommen würde.

Bezüglich des Burgfriedenspaktes sagte er, dieser Pakt hänge durchaus von einer befriedigenden Regelung mit den Russen ab. Er wiederholte, die russische Antwort müsse nach ihrem Charakter beurteilt werden. Wenn diese Antwort zeige, daß man auf russischer Seite den aufrichtigen Wunsch zu einer Verständigung habe, dann werde auch eine Lösung möglich sein. Er, Lloyd George, werde so lange in Genua bleiben, als die Möglichkeit besteht, zu einer Vereinbarung zu gelangen.

Auf die Frage, ob er glaube, daß Frankreich sich von der Konferenz zurückziehen würde, erwiderte Lloyd George mit nein. Frankreich werde wie bisher mit den anderen Mächten gemeinsam handeln, wenn die russische Antwort befriedigender Natur sein werde.

Auf die Frage, ob im Augenblick die Lage besser sei als am Vortage, erwiderte Lloyd George, er könne darauf nicht antworten, bevor er die russische Antwort gesehen habe. Bei ihrem Besuch hätten die Russen nur Fragen gestellt, aber nichts über den Charakter ihrer Antwort verlauten lassen. Hierauf wurde Lloyd George über die Angelegenheiten des Art. 7 des Memorandums an Rußland befragt. Er erwiderte: Man müsse sich deutlich vor Augen halten, daß es zwei Punkte in den Canner Resolutionen gebe, die beide ihren besonderen Charakter hätten. Der eine erkenne das absolute Recht Rußlands an, das Regierungssystem, sowie das Eigentumsystem sich so zu wählen, wie es ihm gut scheine; Rußlands Recht zur Nationalisierung, sein eigenes Regierungssystem und sein Eigentumsystem zu wählen, werde in Artikel 1 erklärt.

Art. 3 der Resolution besagt, daß die Russen allen vormalsigen Besitzern beschlagnahmter Güter in Rußland ihr Eigentum zurückgeben oder Entschädigung dafür leisten müßten.

Auf eine Frage bezüglich der de-jure-Anerkennung der Sowjetregierung verwies Lloyd George auf den Wortlaut der Resolution von Cannes und seine Erklärung im englischen Unterhause. — Über den Artikel 7 führte Lloyd George noch folgendes aus: Artikel 7 ist von drei Juristen verfaßt worden, einem Franzosen und einem Engländer, die bereits bei dem Versailler Vertrage gemeinsam gearbeitet haben. Der dritte ist ein Belgier, und zwar nicht nur Jurist, sondern auch Bankier und Geschäftsmann. Diese drei Personen haben einen Text redigiert, der von den Engländern und Franzosen und von allen anderen Vertretern der Mächte angenommen wurde, mit Ausnahme des Belgiers, der protestiert hat. Frankreich hat den Artikel mit einer Abänderung, die von Barthou vorgeschlagen war, und in der der Wortlaut der Canner Resolution zitiert wird, angenommen. Nach dieser Annahme ist Barthou abgereist. Der Protest Frankreichs ist gekommen, nachdem Barthou von Genua abgefahren war. Artikel 7 ist in dieser Fassung selbst von den belgischen Sachverständigen als ein vollständiger Schutz der Privatrechte angesehen worden. Der Artikel 7 ist daher nicht, wie behauptet wird, englischer Redaktion, sondern von den drei Sachverständigen verfaßt worden. Das ist die wirkliche Geschichte des Artikels 7.

Lloyd George fuhr fort: Barthou habe gestern erklärt, er habe vor Schluß der Sitzung der Unterkommission seinen Vorbehalt ausgesprochen. Wenn Barthou sage, daß er eine solche Erklärung abgegeben habe, so könne er, Lloyd George, nur erwidern, daß er es nicht gehört habe. Wenn aber Barthou beschiedere, er habe diesen Vorbehalt gemacht, dann habe er es sicher auch getan.

Frage: Ob Lloyd George glaube, daß im Falle die Note der Russen nicht befriedigend sei, die Franzosen abreisen würden.

Antwort: Nein. Wir haben bereits viele Schwierigkeiten besiegt, größer als die gegenwärtigen, und so werden wir noch weitere Schwierigkeiten besiegen. Darum sind wir ja nach Genua gekommen. Wenn das Abkommen mit den Russen gelingt, werden alle anderen Fragen sich von selbst lösen. Natürlich werden nach immer große Arbeiten für die Sachverständigen übrig bleiben.

Frage: Ob vor der Abreise Barthous nach Paris davon die Rede gewesen sei, die Frage der interalliierten Schulden aufzuwerfen.

Antwort: Nein. Er sei stets der Ansicht gewesen, daß die Frage der Reparationen erst am dem Tage gelöst werden könne, an dem die Frage der Kriegs- und interalliierten Schulden gelöst sei; aber England sei nicht die einzige Gläubiger-nation. Im gegenwärtigen Augenblick könne man diese Frage also nicht aufwerfen.

Frage: Welches der Gegenstand seiner Besprechung mit Dr. Witt und Dr. Mathenau gewesen sei.

Antwort: Es habe sich hauptsächlich um eine allgemeine Besprechung gehandelt, in der die gesamte Lage Deutschlands, Rußlands und der Konferenz zur Sprache kam. Er, Lloyd George, suche mit allen Delegationsvertretern in direkten Meinungs-austausch zu treten.

Frage: Ob es richtig sei, daß Lloyd George gegenüber Barthou erklärt habe, die Entente stehe an einem Wendepunkt.

Antwort: Ich habe niemals etwas derartiges gesagt, aber ich möchte Ihnen sagen, daß Genua wohl der Wendepunkt in den Angelegenheiten Europas sein wird.

Frage: Wenn die Russen nein sagen sollten, würde das das Ende der Konferenz bedeuten, und die Engländer und Franzosen in Übereinstimmung bringen.

Antwort: Das würde alle Welt einigen und die Konferenz beenden.

Der große Miß.

Alle Lond. Blätter betonen die auf der Genueser Konferenz getretene Krise. William Stead berichtet der „Times“ aus Genua, so lange irgend eine Aussicht auf irgend eine Art von Erfolg zu bestehen schien, habe die italienische Delegation in engen Beziehungen zur britischen Delegation gestanden. Am Freitag hätten Zeichen einer gewisser Abweidung der italienischen Haltung von der britischen aufzutreten begonnen. Offizielle italienische Publizisten hätten einen Wink erhalten, Frankreich gegenüber freundlicher zu sein. Am Samstag nachmittag habe Schanzer Barthou die Versicherung gegeben, daß, was auch immer sich auf der Konferenz ereigne, die französisch-italienischen Beziehungen herzlich bleiben müßten.

„Student of Politics“ berichtet im „Daily Chronicle“ aus Genua, die Existenz der Entente stehe in Gefahr, weil die britische Öffentlichkeit der Ansicht sei, daß Frankreich dem Frieden, den das englische Volk wolle, Widerstand entgegensetze. Eine neue Regierung in England würde mit Frankreich weit weniger Geduld und Mitleid haben, als die gegenwärtige. Man hoffe jedoch in Genua weiter das Beste. Die russische Antwort werde wahrscheinlich genügend zustimmend lauten, um eine Fortsetzung der Verhandlungen zu rechtfertigen. Wenn Frankreich sich abseits halte, so sei dies zu seinem eigenen Schaden. Eine Vertagung der Konferenz komme nicht in Frage. Die Lage sei ernst. Die bestunterrichteten Leute hofften jedoch noch auf Erfolg.

Der Pariser Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ schreibt, trotz der wenig zureichlichen Anzeichen könne er gestützt auf Mitteilungen aus besserer Quelle, versichern, daß Frankreich sein Äußerstes tun werde, den Abbruch der Genueser Konferenz zu verhindern. Poincaré habe nicht den Wunsch, als der Mann betrachtet zu werden, der die Entente zerstückelt habe. Er würde alles tun, um die einander entgegengesetzten

Mit einer Beilage: 44. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Ansichten bezüglich der Probleme des Versailler Friedensvertrages zu veröffentlichen und die britische Unterstützung zu erhalten für eine Politik, die Deutschland verhindern werde, vorzüglich seinen Verpflichtungen zu entsprechen. Die Ausföhrlich der Reparationsfrage würden sich bessern. Es sei jedoch noch nicht an der Zeit, die Einzelheiten zu enthüllen. Auch in der Frage des russischen Memorandums würden die französischen Delegierten alles tun, um eine Formel zu finden, die sowohl Brüssel als auch London zusage. Man sei der Ansicht, daß, wenn Lloyd George sich zu einer Abänderung in dem von Belgien gewünschten Sinne bereit erkläre, Frankreich ein Kompromiß fordern werde. Die Drohung bezüglich der neuen Mächtegruppierung, würde in Paris nicht allzu ernst genommen, denn man sei der Ansicht, daß Lloyd George in seinem innersten Herzen lieber Frankreich mit Hilfe von Konzessionen und, bezüglich deren Form, für seine eigene Dentart gewinnen wolle, als sich in gefährliche Tiefen zu stürzen. Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ schreibt weiter, gewisse Dinge seien in der Entwicklung begriffen, die man augenblicklich unmöglich bezeichnen könne, deren Enthüllung mehr Schaden als Nutzen anrichten würde. Angesichts dieser Entwicklung sei es jedoch ratsam, daß in beiden Lagern Ruhe gewahrt werde.

Der Sonderberichterstatter der „Sunday Times“ meldet aus Genoa, wenn es zum Bruch kommen sollte, so werde Lloyd George am Dienstag abreisen. Die russischen Delegierten würden jedoch bleiben, um die Verhandlungen mit einzelnen Alliierten fortzusetzen.

Ein russisches Communiqué.

Ein von der russischen Delegation ausgegebenes Communiqué besagt: Gewisse Delegationen bemühen sich, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, indem sie den Mißerfolg der Genueser Konferenz voraussetzen, für den Fall, daß Rußland das ihm angebotene Ultimatum nicht annehmen sollte. Dies ist lediglich der letzte einer Anzahl von Versuchen von derselben Seite, die sich erlauben, zu erklären, daß sie einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nicht ernstlich in Erwägung ziehen könnte, wenn nicht das Abrüstungsproblem aufs Tapet komme. Was die russische Frage betrifft — die einen Punkt der Tagesordnung bildet —, sei es nötig, darauf hinzuweisen, daß dieselben Mächte, die die bedingungslose Annahme des letzten Memorandums über die russische Frage verlangen, sich vollkommen von diesem Memorandum losgelöst haben, indem sie es ablehnen, seine Bestimmungen bezüglich einer der wichtigsten Seiten des russischen Problems anzunehmen. Diese Mächte, die während der ganzen Konferenz Rußland nicht als gleichberechtigten Partner auf der Konferenz anerkennen wollten, die gedroht haben, die Konferenz zu ruinieren, wenn Rußland nicht auf das wirtschaftliche Abkommen, das es mit einem anderen unabhängigen Lande geschlossen hat, verzichtet, dieselben Mächte, deren Hauptaufgabe von der europäischen Politik daraufhin zielt, sie der Rechtsprechung einer Gruppe von Regierungen zu unterstellen, gefährden nun wiederum die Konferenz, indem sie den Entwurf eines Abkommens, das Rußland durch andere Mächte als sie selbst vorgelegt wurde, den Charakter eines Ultimatus zuschreiben. Die russische Delegation ist nach Genoa gekommen, in verständlichem Geiste zu beraten, auf der Anwendung der Grundzüge der Gegenseitigkeit zu bestehen, und Verhältnissen bleibt ihr Ziel.

Das Programm des Reichsernährungsministers.

Im Hauptausfluß des Reichstages gab bei der Beratung des Etats seines Ministeriums Reichsernährungsminister Prof. Dr. Fehr eine zusammenhängende Darstellung der von ihm übernommenen Aufgaben. Er erklärte, er werde in erster Linie mit allen Kräften bemüht sein, daß die zur Ernährung der deutschen Bevölkerung erforderlichen Nahrungsmittel in ausreichenden Mengen zur Verfügung ständen. Die Verhandlungen über die Sicherstellung der Brotgetreideversorgung würden in Kürze zum Abschluß kommen. Für die Versorgung in der Übergangszeit vom alten zum neuen Wirtschaftsjahre seien alle Vorkehrungen getroffen. Die Reichsgetreidehalle habe bereits die bis zum Ende des Erntejahres notwendigen Vorräte in Besitz. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft müsse aber nicht nur erhalten, sondern beträchtlich gesteigert werden. In diesem Sinne werde er, der Minister, die Bestrebungen, die in dem Geschäft der deutschen Landwirtschaft zum Ausdruck kämen, mit allen Mitteln unterstützen. Im übrigen betrachte er es als eine Hauptaufgabe, durch Zusammenfassung der in erster Linie von den Ländern zu leistenden Arbeiten die Gesamtentwicklung dieses Zweiges des Wirtschaftslebens zu fördern. Besondere Aufmerksamkeit werde er der Ausgleichung der in manchen Einzelheiten leider auseinandergehenden Interessen des Ernährungs- und Landwirtschaftsbetriebs zuwenden. Wie die Ernährung nur sichergestellt werden könne auf der Grundlage einer fruchtbar arbeitenden und lei-

stungsfähigen Landwirtschaft, so erhalte die Landwirtschaft ihren eigentlichen Wert für das Volksganze erst dadurch, daß sie zu ertzählischen Preisen das zur Verfügung stelle, was die Bevölkerung für ihren Unterhalt brauche.

Ein geschäftstüchtiger Vaterlandsverräter

Unter dieser Überschrift bringt die „Frankf. Bg.“ folgende Charakteristik eines Sonderbündlers und Ehrenmannes: In Wengeroth bei Wittlich, dem Esfelort, bei dem die Nebenbahn ins Weinparadies, nach Berncastel abzweigt, handelt ein Mann namens Hugo Scholten mit Thomasmehl. Das Deutsche Reich hat für dieses Produkt Höchstpreise festgesetzt. Darüber mag sich mancher Produzent oder Händler ärgern. Die Bauern, die das Thomasmehl benötigen und nicht skranke ausgeben wollen, und wiederum ihre Abnehmer, also alle Rheinländer, die nicht zufällig Thomasmehl produzieren oder handeln, werden froh darum sein. Auch andere Interessenten mögen sich über Preisregelungen ärgern, sie entladen ihre Verärgerungen innerpolitisch; Herr Scholten aber lenkt Herrn Smeets. Da ist die Sache einfach; man unterstützt die französischen Kläne auf Befestigung des Ruhrreviers und auf die Rheinlande in der Hoffnung, daß man dann — sein Thomasmehl so teuer verkaufen kann, wie man will, und daß es nicht mehr — darüber hat sich Scholten auch geärgert — auf seine Beschaffenheit nachgeprüft wird. Gener Scholten schrieb an die „Überwachungsstellen für Ammoniakdünger und phosphorhaltige Düngemittel“ einen Brief; wir wollen wenigstens ein Stück aus diesem Dokument separatlicher Motive der allgemeinen Verachtung preisgeben:

„Offentlich wird die französische Regierung die gerechten Forderungen der Rheinländer dahin erfüllen, daß das Rheinland zu Frankreich kommt und mit Rücksicht auf den südrheinischen Sinn der deutschen Regierung, den unterschriebenen Versailler Vertrag nicht einzuhalten, das Ruhrrevier durch Schwarz befestigt, bis daß der letzte Groschen, der zu zahlen ist, erreicht wurde. Wir machen Ihnen nochmals die Mitteilung, daß wir über den Höchstpreis kaufen und über den Höchstpreis verkaufen, und den dortigen Beamten empfehlen, sich von dem erfolglos, verbecherischen preußischen Staate nicht weiter bezaßen zu lassen.“

Es wird immer klarer, aus welchen Elementen sich das Separatistengruppen zusammensetzt. Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird sich auch bald genug ihre Meinung bilden über Sonderbündler, die den Düngerbedarf ihrer Landsleute verteuern und verschlechtern und von einer Rheinrepublik schwärmen, die ihnen volle Ausbeute sicherheit gewährleisten soll.“

Reichstagung der deutschen Presse.

Im zweiten Tage der Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Presse wurde in einer Spezialkommission über die Schaffung eines Kartellverhältnisses zwischen dem Reichsverband und der Organisation der Wiener Presse beraten. In einem von der Delegierten-Tagung einstimmig gefaßten Beschluß wurden für das Kartellverhältnis folgende Richtlinien aufgestellt: Schutz- und Trutzbündnis in allen bei der Verfolgung beruflicher Interessen sich ergebenden Fälle, Zusammenarbeit in Fragen der Arbeitsvermittlung, die Stellung der deutschen Presse zur gemeinsamen Organisation der reichsdeutschen und österreichischen Journalisten und gegenseitige Förderung geistiger Interessen.

Am Montag vormittag fand unter Führung von Sachverständigen eine Besichtigung der Deutschen Gewerbebau durch den Reichsverband der deutschen Presse statt. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden des Reichsausschusses der Gewerbebau und einer Erläuterung der Ziele und Zwecke der Gewerbebau durch den Direktor der Ausstellung fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt. Bei dem sich anschließenden Frühstück, an dem auch der bayerische Handelsminister Dr. Hamm teilnahm, entbot der erste Bürgermeister Münchens, Schmid, den Vertretern der Presse herzliche Grüße. Er erklärte, Niedergang der Presse bedeutet Niedergang der Kultur; ohne sie kein Wiederaufbau, keine Errichtung unserer gedehnten Nation. — Auch der erste Präsident der Gewerbebau entbot den Pressevertretern herzliche Willkommgrüße. Im Namen der Gäste dankte der neu gewählte Vorsitzende des Reichsverbandes, Hauptschriftleiter Baeder-Berlin, für die Einladung und trant auf das Wohl des Münchener Stadtrats, der Gewerbebau und alle diejenigen, die sich um die Entwicklung des großartigen Unternehmens Verdienste erworben haben.

Die Tagung fand gestern Nachmittag mit einer Schlußrede des Verbandsvorsitzenden Baeder-Berlin ihr Ende. Die Delegationsversammlung gab in mehreren Telegrammen ihrem Dank für die übermittelten Begrüßungsgramme Ausdruck. In dem Telegramm an den Reichstagsler Dr. Wirth wird die Bitte ausgesprochen, daß die Reichsregierung nicht nur die Notlage der deutschen Zeitungen durch baldige kraftvolle Maßnahmen steuern wolle, sondern, daß sie sich auch bestreben

möge, die geistigen Rechte der deutschen Journalisten innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklung zu wahren. — Das Telegramm an den Reichspräsidenten Ebert spricht u. a. die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk seine parlamentarische Vertretung und seine Regierung in dem Bestreben, der deutschen Presse zu helfen, unterstützen möge.

Badische Uebersicht.

Badischer Landtag.

DL. Karlsruhe, 8. Mai.

Dem Hause liegt eine Einladung zur Eröffnung der Deutschen Gewerbebau München am Samstag, den 13. Mai vor, was Präsident Württemberg mit dem Hinweis bekannt gibt, daß das badische Handwerk auf der Ausstellung erfreulich stark vertreten sei.

Auf eine förmliche Anfrage des Abg. Dr. Herfurth (Zentr.) erwidert Minister Memmele, daß die badischen Reichsratsbevollmächtigten erneut angewiesen wurden, dahin zu wirken, daß auf alle Fälle dem süddeutschen Bekleidungsindustrie die Möglichkeit geschaffen wird, sich an der Verwertung der einzigen süddeutschen Reichsbekleidungsstelle Ludwigsburg zu beteiligen. Dabei finden wir die Unterstützung Württembergs.

Abg. Schneider-Heidelberg (Zentr.) berichtet über den Antrag Schmitt-Bretten betr. die Bildung von Schlichtungsausschüssen. Der Rechtsplegeausschuß schlägt vor, zu bestimmen, daß im Falle des § 72 Abs. 4 der Gemeindeordnung (Befolgungsbestimmung der Bürgermeister und besoldeten Gemeinderäte) in die Schlichtungsausschüsse nur ehrenamtlich tätige Gemeinderäte oder Gemeindevorstande entandt werden. In sonstigen Fällen hat die Mehrheit der Gemeindevertreter aus Personen, die nicht Gehaltsempfänger einer Gemeinde sind, zu bestehen.

Die Abgg. Schmitt-Bretten (D.M.) und Jägermann (Zentr.) rechtfertigen eine andere Zusammensetzung der Schlichtungsausschüsse mit einer gewissen Unzufriedenheit über deren Tätigkeit.

Abg. Schoen (Dem.) stellt als Vorsitzender des Landesrichtungs-ausschusses fest, daß man mit den Schlichtungsausschüssen im allgemeinen keine schlechten Erfahrungen machte. Die badische Regelung verleihe unübertrefflich den Vorzug vor der württembergischen. Nur in 55 von 1600 badischen Gemeinden war der Landesrichtungs-ausschuß tätig. An der Objektivität der Bürgermeister als Vorsitzender oder Beisitzer zu zweifeln, sei kein Grund vorhanden. Mit den vorliegenden Anträgen könne er sich nicht befassen.

Abg. Hüger (Zentr.) betont, daß für die Entlohnung der Gemeindebeamten der Leistungsgrad und die wirtschaftliche Bedeutung des Amtes maßgebend sein müssen. Wenn die Schlichtungsausschüsse das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht beeinträchtigen und an Vertrauen gewinnen sollen, so sei dies nur möglich durch eine mehr partielle Zusammensetzung. Redner begründet einen Antrag, wonach die Vorsitzenden nicht Gehaltsempfänger einer Gemeinde sein dürfen.

Abg. Freidhof (U.S.B.) lehnt alle Anträge ab.

Abg. Dr. Kullmann (Soz.) pflichtet dem Abg. Schoen bei, die Kritik gehe zu weit.

Minister Memmele erklärt: Das Mißtrauen gegen die Bürgermeister bei Schiedsgerichtsentscheidungen ist unberechtigt. Keine Änderung kann verhindern, daß kritisiert wird.

Der Ausschuh Antrag findet mit Mehrheit Annahme, ebenso der Zentrumsantrag.

Abg. Kausch (Soz.) berichtet darauf über die Anträge zum Fürsorgegesetz für Gemeindevorstände und Körperchaftsbeamte.

Der Ausschuh schlägt vor, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, der an Stelle des Prämienverfahrens das Umlageverfahren vorschlägt und auf die dringend nötige Erhöhung der Einkommenszuschläge sowie die damit verbundene Erhöhung der Leistungen gebührend Rücksicht nimmt.

Regierungsseitig wird erklärt, daß sich die gewünschte Vorlage in Ausarbeitung befindet und so schnell wie möglich dem Hause zugehen wird.

Dem Ausschuh Antrag wird nach kurzen Bemerkungen des Abg. Freudenberg (Dem.) zugestimmt.

Abg. Frau Fischer (Soz.) berichtet über den Antrag Bernays, 1. die Regierung zu ersuchen, das Amt der Polizeifürsorgerin in geeigneter Weise auszubauen und dabei die pflegerischen Maßnahmen stärker als bisher in den Vordergrund zu stellen, 2. soweit als möglich Heime für verarmte, männliche und weibliche Jugendliche zu schaffen und zu unterstützen. Bisher sind in Baden Polizeifürsorgerinnen angestellt. Der Ausschuh will auch die charitativen Anstalten unterstützen wissen, sonst beantragt er mit diesem Besatz die Annahme des Antrages Dr. Bernays.

Das Haus beschließt dementsprechend ohne Debatte.

Nach Erledigung einiger Besuche vertritt sich das Haus auf Dienstag.

Landestheater.

„Die Meisterfinger“.

Unter der temperamenterollen, rhythmisch straffen, in Dynamik und langlicher Abwärtung sein differenzierenden Stafführung Reich Cortolezis gingen am Sonntag nochmals die vor einiger Zeit wieder in den Spielplan aufgenommenen „Meisterfinger“ in Szene. Der Abend brachte zwei bemerkenswerten Aufführungen. Herr Albert Peters aus Wünn, der auf das Fach des Tenorbuffos reflektiert und die Rolle des Lehrbuben David sang, besitzt eine nicht sehr große, aber immerhin ausreichende u. ausdrucksfähige Stimme von ansprechender Klangfarbe, hat offenbar eine gute Schulung genossen und bereits eine beachtenswerte Stufe gelangstetmischen Könnens erklommen. Da er allem Anschein nach noch in seinen künstlerischen Entwicklungsjahren steht, läßt sich für die Zukunft noch sehr Erfreuliches von ihm erhoffen. Auch sein Spiel ist noch nicht völlig ausgereift, zeigte aber in einer ganzen Anzahl von Einzelzügen von Intelligenz, gesunder, frischer Auffassung und natürlichem Gestaltungstalent. Alles in allem hinterließ das Gastspiel des Künstlers, der in manchem an unseren früheren glänzenden Duffo Seidel erinnert, einen sehr günstigen Eindruck, auf Grund dessen die Theaterleitung m. E. hier unbedingt zugreifen sollte. Anders liegt die Sache im Fall der jugendlichen Dramatikerin. Frä. Elise Jülich de Vogt aus Frankfurt ist nach der Art, wie sie das Geschehen sah und spielte, nicht die Persönlichkeit, wie sie unser Landestheater braucht. Ihre Stimme besitzt zwar Schulung, hat aber nicht genug klaren Wohlklang und Wärme und läßt namentlich in der Mittelstrophe Glanz und Frische vermissen. Ihr Spiel wirkt zu äußerlich, zu gewollt, und erinnert in nichts an den angebornen, schlichten Liebreiz, an die Herzlichkeit und Innigkeit einer Saitin. Schon die Archengene war forciert und gezwungen, und was später folgte, wirkte nicht viel sympathischer. Wenn nicht das heutige, zweite Gastspiel der Künstlerin als Agathe im „Freischütz“ ganz andere, wesentlich bessere, Eindrücke zeitigt, dürfte ich eine Anstellung für unsere Bühne nicht in Betracht kommen.

E. Auf.

Biedermeier.

Dritte und letzte literarische Abendfeier des Landestheaters. Entwurf und Gesamtleitung: Otto Kienischer. Leitung des musikal. Teils: Heinz Lebing. Leitung der Tänze: Fanny Bourgeau. Am Klavier: Hermann Weglar.

Kienischer läßt sich sein Dramaturgenamt reichlich fauer werden. Sein mißgünstiger Fleiß verdient volle Anerkennung. Glücklich war die Idee, einzelne markante Zeitepochen deutscher Kulturgeschichte uns auf der Bühne wieder lebendig werden zu lassen. Ihre Ausführung bewegte sich allerdings auf absteigender Linie. Man hätte der Einzigkeit der Abendfeiern ein rühmlicheres Ende wünschen mögen, als sie es mit der Biedermeier-Veranstaltung gefunden hat.

Jedenfalls zeigt die Zusammenfassung des Programms mehr Breite als gründliche Tiefe in der Literaturkenntnis der Biedermeierepoche und nur dilettantische Vertrautheit mit ihren wesentlichen geistigen Kräften. Im Mittelpunkt der Abendfeier stand Lieds Fastnachtschwanz „Der neue Herzule am Scheidewege, eine Parodie in Versen“ (1800), später genannt „Der Autor, ein Fastnachtschwanz“. Zweifellos gebildet sich der 27jährige Lied darin schon recht grämlich, wenn er nicht nur gegen die erklärten Gegner der Romantik aus dem Lager des Berliner Aufklärers Nicolai — dem er vor noch nicht langer Zeit selbst angehört hat — lossieht, sondern auch gegen die allzeitigen Nachbarn eigener Kunstübung, worunter er als „Bewunderer“ vor allem Clemens Brentano treffen will. Aber diese Verdrießlichkeit hat doch nichts zu tun mit biedermeierischer Kleingeistiger Bebanterie. Die Parodie ist der Ausfluß edler romantischer Jäh-Stimmung und berlinisch vernünftiger Ironie. Sie ist Ausfluß einer selbstbewußten Kraftgefühl, das mit vollem Bewußtsein jene parodistische Form des Sturms und Drangs wiederbelebt und damit den Hans Sachsianen Jaren des jungen Goethe sich zur Seite stellen wollte. Ein solches Wert in den Mittelpunkt eines Biedermeierabends zu stellen, scheint mir doch mehr wie bieder. In anderem Zusammenhang, etwa in einer Romantifizierung, hätte ich seine Wahl freudig begrüßt, denn wenn es auch nicht die Formherrlichkeit Wilhelm Schlegels zeigt, so ist

es doch wert als charakteristisches Stück gekannt zu werden. Für die Vermittlung dieser Kenntnis — von dem Nahmen abgesehen — gebührt Kienischer Dank. Biedermeierstil hätte durch Louis Angely oder irgend eine der zahlreichen Lokalposen, besser geboten werden können.

Die Darstellung war bis auf die blonde Maske des Bewunderers und das hohle theatralische Pathos von Lessings Geist recht befriedigend und löste mit der Wahl aus. Überhaupt war die Aufmachung des Abends recht geschickt. Der Biedermeiersalon bot ein überaus reizendes Bild. Aber auch hier störten in der Programmzusammenstellung wieder falsche Töne. Wenn es gilt, einen klar untrifflenen Eindruck der Biedermeierepoche zu geben, dann braucht man nicht gerade Goethes „An den Mond“ oder sein „Wanderers Nachtlied“ herbeizuziehen. Kulturgeschichtliches Empfinden störte natürlich auch der Flügel. Schade, daß man dafür nicht ein zeitgemäßes Spinnet sich ausließ. Stimmungsvoll war wieder der dritte Teil eingerichtet.

Von der Programmordnung abgesehen, war der Abend eine wirkliche Feier, die mit großer Liebe und Sorgfalt vorbereitet war. Dafür wurde Kienischer wie seinen zahlreichen Mitarbeitern — einzelne Herbeizubehören wäre Ungerechtigkeit gegen die andern — mit Hocher Weisfall des gut besuchten Hauses zuteil.

Prof. Dr. A. Goll.

Landestheater — Volksbühne. Die Vorstellung „Der Freischütz“ E 8 findet in 2 Abteilungen statt: die 1. Abteilung am Dienstag, den 9. Mai 1922, für die linke Hälfte des Hauses, d. h. für sämtliche Inhaber von Einzelplätzen mit ungerader Nummer, sowie Parterrelogen und 1. Rang-Logen mit ungeraden Logennummern, außerdem die gesamte Parterretribüne; die 2. Abteilung am Donnerstag, den 18. Mai 1922 für die rechte Hälfte des Hauses, d. h. für sämtliche Inhaber von Einzelplätzen mit gerader Nummer, sowie Parterrelogen und 1. Rang-Logen mit geraden Logennummern. Bei der 1. Abteilung ist die rechte Hälfte, bei der 2. Abteilung die linke Hälfte des Hauses für den allgemeinen Verkauf verflügbar.

Das Haus nahm zunächst eine Erklärung des Justizministers...

Sodann wurde zur Abstimmung über den Justizetat und die damit zusammenhängenden Anträge geschritten.

Die Ausschlußbeschlüsse fanden Zustimmung und zwar mit großer Mehrheit...

Die Vorschläge aus dem Hause auf Zulassung der Frau als Berufsrichter und Aufrechterhaltung des Schulprinzips...

Das Haus trat dann in die Beratung des Voranschlags des Ministeriums für Kultus und Unterricht ein.

Herr Strobel (Soz.) berichtete über die Ausschlußverhandlungen...

Herr Dr. Kullmann (Soz.) begründete im Anschluß an den Fall des Prof. Kantorowicz-Freiburg eine förmliche Anfrage...

Unrichtig ist Staatspräsident Dr. Hummel erwiderte, daß Vektor und Senat der Freiburger Universität erklärt haben...

Aus dem Voranschlag des Arbeitsministeriums. Im Haushaltsausschuß wurde über folgende Fragen verhandelt:

Soziale Hygiene.

Eingeführt sind 17 500 M. Ein Sozialdemokrat beantragte, im Nachtrag 30 000 M. einzusetzen...

25 000 M. für Förderung der gärungslosen Fruchterverwertung.

Für den Betrieb des Kinderkrankenhauses Karlsruhe sind 80 000 M. eingeführt...

Der Erholungsfürsorge für Kinder

sind 4 Millionen Mark zugebacht. Die Regierung teilt mit, daß dieser Betrag nicht völlig für die sogenannten Hebergkinder...

Über die Gewerbeaufsicht

wurde im Haushaltsausschuß ebenfalls des längeren debattiert. Man fragte seitens eines Sozialdemokraten, wie sich die Gewerbeaufsicht...

Die Kontrolleure derselben Partei verlangte weibliche Kontrolleure für die weiblichen Arbeiter. In den Mannhäusern wurde mehrfach den weiblichen Angestellten nicht mehr wie früher Sitzgelegenheit gewährt...

Zur weiteren Förderung des sozialdemokratischen Vertreters auf Herausgabe einer Statistik über die Gewerbe- bezw. Berufsfrankheiten äußerte sich ein Regierungsvertreter, daß man sehen werde, ob sie gemacht werden könne...

DZ Dem Landtag sind u. a. folgende Gesuche zugegangen: des Gemeinderats Rosbach betr. den Ausbau der dortigen Mittelschule...

Das Krankenhaus Robrbach.

Ein soziales Krankenhaus der badischen Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Das Krankenhaus Robrbach bei Heidelberg ist im Herbst des Jahres 1920 von der badischen Hauptfürsorgestelle der Kriegs-

beschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge eingerichtet und eröffnet worden. Es will der bellagerten Gruppe der tuberkulösen lungenkranken Kriegsbeschädigten...

Das Krankenhaus Robrbach ist ein Tuberkulosekrankenhaus, d. h. ein Krankenhaus, das nicht wie die Heilstätten nur fieberfreie und leichte Kranke aufnimmt...

Durch das Krankenhaus Robrbach ist die badische Hauptfürsorgestelle in der Lage, die tuberkulösen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die sich in den häuslichen Verhältnissen verschlimmern...

Das Krankenhaus Robrbach bleibt nicht bei der badischen und überhaupt nicht bei der Kriegsopferfürsorge allein stehen. Der Gemeinde Robrbach, benachbarten Versorgungsämtern...

Die Einrichtung dieses einer Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe dienenden Krankenhauses gelang in einer Zeit wirtschaftlicher Not und gegenwärtiger Bestrebungen auf allen Gebieten...

Die Lage des Hauses ist durchaus den Zwecken entsprechend. Wenn auch das Klima als Heilfaktor nicht unterschätzt werden darf...

Das Krankenhaus wurde von Anbeginn durch namhafte Vertreter der Universität Heidelberg gefördert. So hat Geh. Rat Hoffel in dankenswerter Weise seine Erfahrungen...

Das Krankenhaus selbst besteht aus drei Gebäuden mit 68 Krankenbetten. Im Garten sind im vergangenen Jahre zwei Pflanzhallen (eine für Männer mit 25 Plätzen, und eine für Frauen mit 12 Plätzen) errichtet worden...

Das älteste der drei Gebäude ist das reizende „Schlößchen“. Es dient jetzt im Rahmen des Krankenhauses vorwiegend als Verwaltungsgebäude. Neben dem großen Speisesaal...

Das „Schlößchen“ ist durch gedeckte Gänge mit dem östlich gelegenen Wirtschaftsgebäude (Küche, Vorratsräume, Speisemöbel der Schwestern, Wohnung für die Oberin...

Die körperlich und seelisch anstrengende Pflege konnte charitativen Ordensschwestern anvertraut werden. Durch gütige Vermittlung des Herrn Geisl. Rat Ad. Ad. in Wühl hat uns der Niederbrommer Verband...

Entlassung der Kranken nach Möglichkeit zu sichern. Voraussetzung ist aber die Zusammenarbeit der sozialen Fürsorge mit den Ärzten, die ihren Ausdruck in einem kommissarischen Gutachten beider findet...

Außer dem beratenden Facharzt, der mehrmals wöchentlich in das Krankenhaus kommt, und dem Direktor des Krankenhauses, der ebenfalls Facharzt ist...

Der Verwaltungsbetrieb ist denkbar einfach. Das Kassenwesen wird von einem Verwalter besorgt, der zugleich den Müllapparat bedient...

Die Einzelbetreuung für Schwerkranke abgesehen, erhalten die Kranken täglich um 8 Uhr früh die alte Kuhmaische Haferjuppe mit Milch zubereitet in beliebiger Menge...

Eine musterartige Hausordnung, die von der Hauptfürsorgestelle im Benehmen mit der Organisation der Kriegsopfer und den Ärzten aufgestellt ist...

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 wurden behandelt: 259 Kranke (179 Männer, 80 Frauen). Darunter waren 142 Kriegsbeschädigte, die übrigen Kriegsweibchen...

Über die Heilerfolge wird von Ärzten zu berichten sein. Hier nur so viel, daß 140 Kranke nach Aufenthalt von 3 Monaten geheilt, zum Teil geheilt nach Hause entlassen werden konnten...

Das Krankenhaus dürfte schon in diesem ersten Betriebsjahr trotz Schwierigkeiten aller Art nicht nur seine Lebensfähigkeit, sondern auch das Bedürfnis erwiesen haben. Alle in Betracht kommenden Behörden und Stellen werden im Interesse der Kriegsopfer...

Als Folge der seit dem Kriege eingetretenen erheblichen Geldentwertung ist es anzunehmen, wenn fast alle größeren Unternehmen zu einer Erweiterung ihrer Geldbasis schreiten...

Bezüglich der Gesellschaften m. b. H. gibt die erwähnte Statistik die Gesamtbeträge der Erhöhungen in den drei letzten Jahren. Es errechneten sich für 1919 rund 5 Millionen Mark, für 1920 45 Millionen Mark...

Kapitalerhöhungen badischer Aktiengesellschaften u. Gesellschaften m. b. H. in jüngster Zeit.

Als Folge der seit dem Kriege eingetretenen erheblichen Geldentwertung ist es anzunehmen, wenn fast alle größeren Unternehmen zu einer Erweiterung ihrer Geldbasis schreiten...

Bezüglich der Gesellschaften m. b. H. gibt die erwähnte Statistik die Gesamtbeträge der Erhöhungen in den drei letzten Jahren. Es errechneten sich für 1919 rund 5 Millionen Mark, für 1920 45 Millionen Mark...

Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Schwetzingen, 7. Mai. Der Spargelmarkt war gefehrt sehr stark besetzt. Der Preis betrug 18, später 16 M. Jedoch war die Kauflust des Publikums gering...

DZ. Mannheim, 8. Mai. Bei der zweiten deutschen Erfindungsausstellung und Neuheitenmesse von den Ausstellern wurde ein Gesamtumsatz von über 80 Millionen Mark für feste Verkäufe erzielt.

DZ. Heidelberg, 6. Mai. In der akademischen Sozietät werden zurzeit rund 1000 Studenten beschäftigt. Für Freitische zugunsten unbemittelter Studenten hat ein nicht genannter freiwilliger Pfälzer den Betrag von 50 000 Mark gestiftet.

